

WELT+ WENIGER HEIZEN UND KÜHLEN

Die EU plant die 19-Grad-Regel – das sollten Sie jetzt wissen

Stand: 07:48 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von Tobias Kaiser, Laurin Meyer, Karsten Seibel



Friert Deutschland bald bei der Arbeit? Die Temperatur in Büros soll um drei Grad sinken, fordert die EU in einem Entwurf

Quelle: Getty Images/Image Source

Die Kommission in Brüssel sorgt mit einem eigenen Gas-Notfallplan für Unruhe. Darin stehen Empfehlungen für Höchsttemperaturen in öffentlichen Gebäuden wie Büros, genauso wie eine minimale Kühltemperatur für Klimaanlage. WELT erklärt, was jetzt auf Sie zukommt.

Heizen nur bis 19 Grad Celsius – mit diesem griffigen Vorschlag für öffentliche Gebäude schreckt die EU-Kommission die Öffentlichkeit auf. Er ist Teil des sogenannten Gas-Notfallplans, der am kommenden Mittwoch vorgestellt werden soll.

Bis dahin könnte Brüssel zwar noch Änderungen vornehmen. Doch ein erster Entwurf, der WELT vorliegt, zeigt schon jetzt, worauf sich Verbraucher einstellen müssen. Das sind die wichtigsten Fragen und Antworten zu den Plänen der Kommission.

Was sieht der Kommissionsvorschlag vor?

Der erste Entwurf, der jetzt bekannt geworden ist, fokussiert sich vor allem auf das Energiesparen. „Koordiniertes Handeln jetzt ist günstiger und wird unseren Alltag weniger beeinträchtigen als kurzfristiges Handeln, wenn nur wenig Gas verfügbar sein könnte“, heißt es in dem Papier. Die Verfasser sehen beim Heizen und Kühlen besonders großes Einsparpotenzial. In der Heizperiode von Oktober bis März könnten die Mitgliedstaaten „geringeres Heizen dort vorschreiben, wo es technisch möglich und durchsetzbar ist“, schreiben die Kommissions-Experten.

Lesen Sie mehr Artikel unserer jungen Autoren auf WELT Next und diskutieren Sie mit!

JETZT WELT NEXT LESEN

Laurin Meyer

Das betreffe öffentliche Gebäude, Büros und Geschäftsgebäude, vor allem besonders große Gebäude. In einer anderen Passage sind Einkaufszentren als Beispiel aufgeführt. Die Mitgliedstaaten könnten dort eine Maximaltemperatur von 19 Grad vorschreiben, heißt es in dem Papier. Beschränkungen soll es auch für Außenterrassen und andere Flächen im Freien gelten, die geheizt werden. Das Papier führt diese Vorschläge nicht weiter aus, aber denkbar ist beispielsweise ein Verbot von Heizpilzen.

Stehen die 19 Grad fest?

Es ist noch nicht klar, ob es bei diesem Wert bleibt. Die Zahl taucht in eckigen Klammern auf – ein Zeichen dafür, dass sich diese Empfehlung bis zum kommenden Mittwoch noch ändern könnte. Der Entwurf wird im Moment innerhalb der Kommission abgestimmt, und die endgültige Fassung dürfte erst Anfang der Woche fertig sein, heißt es in Kommissionskreisen.

Der Staat, der laut dem Kommissionspapier für ein knappes Drittel der in der EU verbrauchten Energie verantwortlich ist, soll dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Das Papier sieht vor, dass die Mitgliedstaaten schon ab Juli für öffentliche Gebäude vorschreiben, dass dort die Innenräume in kalten Perioden maximal auf 19 Grad geheizt werden dürfen.

Was gilt für Klimaanlage im Sommer?

Zur Nutzung von Klimaanlage im Sommer gibt das Papier keine allgemeinen Empfehlungen, obwohl in der gegenwärtigen Hitzewelle insbesondere in Südeuropa viel Energie für den Betrieb von Klimaanlage verbraucht wird. Offenbar war der Widerstand in Südeuropa bei diesem heiklen Thema groß.

Das Papier sieht aber vor, dass in Gebäuden, die dem Staat gehören oder vom Staat genutzt werden, die Innentemperatur im Sommer auf maximal 25 Grad heruntergekühlt werden darf. Solche Regeln gibt es in Italien für öffentliche Büros bereits.

Wie sieht die künftige Gasversorgung aus?

Erstmals stellt die Kommission die Vorzugsbehandlung privater Haushalte infrage: Wenn die Stromproduktion in Gefahr sei, könnten Länder die Versorgung von Gaskraftwerken über bestimmte geschützte Verbraucher stellen, heißt es in dem Papier. An anderer Stelle steht zu besonders geschützten Gasverbrauchern, zu denen private Haushalte und soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser gehören, aber auch: „Simulationen der Kommission zeigen, dass sie von einer schweren Störung der Versorgung mit russischem Gas nicht betroffen wären.“

Sind die Vorschläge verpflichtend?

Nein. Der vorliegende Entwurf gibt nur Handlungsempfehlungen. Zwar sollen Energiesparmaßnahmen stärker koordiniert werden, aber dabei ist nur die Rede von „Beobachtung“ und „Informationsaustausch“.

Welche Ersparnis bringen niedrigere Temperaturen?

Dürfen Bürogebäude nur noch auf maximal 19 Grad geheizt werden, könnte das nennenswerte Ersparnisse bringen. Als Faustformel gilt: Ein Grad niedriger bedeutet eine Verbrauchsreduzierung von etwa sechs Prozent. Als Richtwert für eine optimale Temperatur im Büro gelten bislang 22 Grad Celsius. Ein pflichtgemäßes Abdrehen um drei Grad würde also gut 18 Prozent der Kosten in den Arbeitsräumen einsparen. Und von denen gibt es viele.

Laut dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) zählen schätzungsweise 3,5 Millionen Gebäude zu den sogenannten Nichtwohngebäuden, kurz NWG. Fast 700.000 davon sind büroähnliche Betriebe, jeweils eine halbe Million werden vom Handel und der Industrie bewirtschaftet.

Welche Vorgaben gelten derzeit am Arbeitsplatz?

Wie kalt oder warm es am Arbeitsplatz maximal sein darf, regelt in Deutschland die Arbeitsstättenverordnung. Darin heißt es, dass der Arbeitgeber eine „gesundheitlich zuträgliche Raumtemperatur“ gewährleisten muss. Die Arbeitsstättenregel sieht darüber hinaus Mindesttemperaturen vor, die sich je nach Schwere der Arbeit unterscheiden können.

Darf der Arbeitgeber Mitarbeiter heimschicken?